

Kontext

Von Roland Gurtner*

Es ist empörend, ja sogar schockierend, dass der Gemeinderat beschlossen hat, die Möglichkeit der Doppelmandate in unserer neuen «Verfassung» wieder einzuführen. Denn die Diskussionen in den Organen, welche die Revision vorbereitet haben sowie die Bevölkerungsumfrage haben gezeigt, dass diese Idee sehr umstritten und überhaupt nicht mehrheitsfähig ist.

Konkret: In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage steht diese Idee mit nur 8 Prozent der Stimmen **lediglich an elfter Stelle** auf der Prioritätenliste unter den 13 Themen! Die Idee der Doppelmandate wird zwar von 44 Prozent der Befragten gutgeheissen. Es sei jedoch daran erinnert, dass dieses Ergebnis nur dank einer einseitigen Argumentation zugunsten der Doppelmandate erreicht wurde: Die 6 Fragen, welche den Befragten gestellt wurden, gingen alle davon aus, dass Doppelmandate positiv für die Stadt seien. Und es wurde kein einziges Argument gegen die Doppelmandate vorgestellt! Eine derartige Manipulation, die durch einen Leserbrief enthüllt wurde, ist untragbar. Passerelle hat diese umgehend mittels einer im April 2018 eingereichten dringenden Interpellation angeprangert. Zum Glück liess sich eine Mehrheit der Befragten nicht täuschen: 33 Prozent zogen diese Argumente in Zweifel und 23 Prozent lehnten sie ab – also erachtet **eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten die Doppelmandate als nicht wünschenswert**.

In seinem Schlussbericht kam das von der Stadt beauftragte Forschungsinstitut gfs.bern logischerweise zu folgender Schlussfolgerung: **«Damit wäre das Ergebnis eines Urnengangs zum jetzigen Zeitpunkt eher erneut für den vollen Einsatz der Gemeinderäte in Biel und gegen Doppelmandate.»**

Dies wird jedoch vom Gemeinderat in keiner Weise berücksichtigt: Er beschliesst dennoch, die Doppelmandate in der Stadtordnung wieder einzuführen. Diese Wahl begründet er mit einer kürzlich durchgeführten Studie, welche «klar gezeigt» haben soll, «dass die Interessen von Städten, deren Exekutiven in übergeordneten Parlamenten vertreten sind, dort besser berücksichtigt werden als diejenigen von Städten und Gemeinden ohne solche Vertretung.» (S. 32 des kommentierten Vernehmlassungsentwurfs). Nun besteht diese Studie aus einem 18-seitigen Kapitel eines 450-seitigen Buchs. Sie basiert vor allem auf theoretischen Überlegungen und Vermutungen und **zieht generelle Schlussfolgerungen aus einem einzigen Beispiel**, das alle 26 Kantone umfasst. Was unserer Ansicht nach interessanter, ehrlicher und nützlicher wäre, ist eine vertiefte Analyse der Vor- und Nachteile der Doppelmandate, welche insbesondere auf den Kanton Bern fokussieren – und nicht die Untersuchung eines einzelnen Falls, der dann verallgemeinert wird.

Was hier schockiert, ist die Tatsache, dass **der Gemeinderat der Untersuchung eines Studenten in Politikwissenschaft mehr Beachtung beimisst als der Meinung seiner Mitbürger**. Dies beweist, dass er seine eigenen Interessen vor die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen versucht. Ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie!

Der Gemeinderat missachtet nicht nur die Meinung der Stimmbevölkerung, indem er die Doppelmandate wieder einführen will, sondern er versucht weiterhin, die öffentliche Meinung zu manipulieren: Die in seinem Vernehmlassungsentwurf erwähnten Argumenten sprechen alle für Doppelmandate! Das geringste Zeichen von Respekt hätte darin bestanden, **wenigstens auch den Status quo als Variante vorzuschlagen**.

Wir rufen deshalb die Bevölkerung auf, diesem erneuten Manöver des Gemeinderates entgegenzuwirken und bei der Frage 7 des Vernehmlassungsbogens **mit Nein zu antworten**. Denn einmal mehr versucht der Gemeinderat, einen Volksbeschluss rückgängig zu machen, dessen Berechti-

gung nie in Frage gestellt wurde und zu dem niemand je bewiesen hat, dass er der Stadt Biel und ihrer Bevölkerung schadet.

Volles Engagement der Gemeinderäte für die Stadt Biel

*Von Ruth Tennenbaum **

Mit der letzten Verwaltungsreform wurden die « Teilzeit-Gemeinderäte » abgeschafft und neu fünf Direktionen mit fünf vollamtlichen Gemeinderäten konstituiert. Dies wurde mit 82% von der Stimmbürgerbevölkerung gutgeheissen. Hauptgrund war die Überlastung der 4 Gemeinderäte und dass die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden kann.

Die Belastung der Gemeinderäte geht heute bereits weit über eine 100%-Stelle hinaus. 120% sind wahrscheinlich die Regel. Trotzdem will der Gemeinderat mit dem Argument der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine 80%-Stelle ermöglichen. Damit soll aber insbesondere die Möglichkeit des Doppelmandats wieder salonfähig gemacht werden. An der Veranstaltung zur Eröffnung der Vernehmlassung meinte der Stadtpräsident zur Umsetzung von 80% Gemeinderäten, dass diese so sichergestellt werden kann, dass die Generalsekretariate mehr Aufgaben von den Gemeinderäten übernehmen würden. Soll das heissen, dass die Generalsekretariate jetzt nicht genügend Arbeit haben oder sollen diese gar ausgebaut werden? Nebst der Frage der Belastung ergeben sich andere politische Fragen: Ist ein 100% Gemeinderat gleichwertig einem 80% Gemeinderat? Was geschieht, wenn alle ihr Pensum reduzieren wollen? Wähle ich einen 80% oder 100% Gemeinderat?

Bei Wahlen werden Gemeinderäte gewählt, um für die Bevölkerung da zu sein und die Geschicke der Stadt zu leiten. Die Bevölkerung erwartet deshalb, dass sich die fünf vollamtlichen Gemeinderäte vollumfänglich für die Stadt einsetzen.

Wenn es darum geht die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf unter einen Hut zu bringen, dann müsste man alle Gemeinderäte gleich behandeln und ein 80% Pensum für Alle vorsehen mit der Konsequenz, dass mindestens ein sechster Gemeinderat/eine sechste Gemeinderätin die fehlende Zeit für die Aufgaben kompensiert.

Die Bürgerbewegung Passerelle ist nicht im Grundsatz gegen die Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf – ganz im Gegenteil! Damit ein 80% Pensum tatsächlich auch sichergestellt werden kann, müsste dies mit einer Verwaltungsreform einhergehen und nicht mit einer Delegation von politischen Aufgaben an die Generalsekretariate umgesetzt werden und schon gar nicht mit der Wiedereinführung von Doppelmandaten.

Die Bürgerbewegung Passerelle kann deshalb nur einen wahren Grund orten, warum in der neuen Stadtordnung die Möglichkeit eingeräumt werden soll, das Engagement eines Gemeinderats auf 80% zu beschränken: nämlich die Möglichkeit eines Doppelmandats der Bevölkerung mit einem 20%-Zückerchen schmackhaft zu machen. Die Bevölkerung wird so hinters Licht geführt und dass erachten wir als manipulativ und befremdend!

Die Vertretung der Interessen der Stadt Biel

*Von Titus Sprenger**

Der Gemeinderat spricht bei der Aufhebung des Verbots von Doppelmandaten davon, dadurch die Interessen der Stadt Biel in einem übergeordneten Parlament vertreten zu können. Nachfolgend zeigen wir ihnen auf, weshalb das nicht funktioniert und was der bessere Weg wäre.

Zeitliche Belastung

Die Welt von heute ist komplizierter als noch vor 30 oder mehr Jahren. Ein Parlamentsmitglied muss

sich heute immer häufiger, immer detaillierter und immer intensiver mit den verschiedensten Themen auseinandersetzen. Die hohe zeitliche Belastung zeigt sich auch im Bieler Parlament: Bereits nach der Hälfte der Legislatur wurde ein Drittel der Stadtratsmitglieder ausgewechselt.

Auf nationaler Ebene gibt eine von der Verwaltungsdelegation der Bundesversammlung in Auftrag gegebenen Studie von 2017 der Universität Genf Auskunft über die zeitliche Belastung. Demnach beträgt der Beschäftigungsgrad für ein Mitglied des Nationalrats 87 Prozent (oder 1'754 Stunden/Jahr) und für ein Mitglied des Ständerats 71 Prozent (1'431 Stunden/Jahr). Selbst bei einer Reduktion des Arbeitspensums auf 80 Prozent, wie dies der Gemeinderat vorschlägt, hätte ein Gemeinderatsmitglied mit einem Doppelmandat immer noch ein Pensum von mindestens 150 Prozent! Das passt mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die der Gemeinderat als Argument für eine allfällige Reduktion auf 80 Prozent vorbringt, nicht zusammen. Und es muss ernsthaft angezweifelt werden, dass eine seriöse Wahrnehmung seiner Aufgaben als Mitglieder der Bieler Exekutive und als Mitglied eines Parlaments bei einer so hohen zeitlichen Belastung kaum möglich ist.

Interessenkonflikte

Wer in einem kantonalen oder im nationalen Parlament sitzt, tut dies aus einer kantonalen oder nationalen Optik. Interessenkonflikte sind dabei insbesondere im Finanzbereich vorprogrammiert. Aus kantonaler Sicht können beispielsweise Sparmassnahmen begrüsst und unterstützt werden, die Auswirkungen auf die kommunale Ebene haben, so wie dies Ende November 2018 beim kantonalen Steuergesetz der Fall war. Aus kommunaler Sicht müssen aber derartige Massnahmen verneint und damit bekämpft werden.

Instruktionsverbot

Sowohl auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene besteht ein Instruktionsverbot: Die Mitglieder des jeweiligen Parlaments stimmen ohne Wei-

sung ab. Folglich beruht die Vertretung der Interessen der Stadt Biel in einem übergeordneten Parlament auf Freiwilligkeit. Eine Garantie dafür, dass sich das jeweilige Gemeinderatsmitglied wirklich zu Gunsten der Stadt Biel einsetzt, gibt es somit nicht. Tut es dies dennoch, hat sich das jeweilige Gemeinderatsmitglied auch häufig gegen die Meinung der eigenen Fraktion zu stellen.

Es geht auch ohne

Der Entscheid zur Ansiedelung des Campus Biel/Bienne der Berner Fachhochschule auf dem Feldschlössli-Areal zeigt Erstaunliches: Als es um die Standortwahl ging, sass die Burgdorfer Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch im Grossen Rat. Zur gleichen Zeit war kein Bieler Exekutivmitglied darin vertreten. Dennoch fiel der Standortentscheid nicht zugunsten von Burgdorf, sondern zugunsten von Biel. Es gibt somit keine Garantie dafür, dass eine Vertretung eines Bieler Exekutivmitglied im Grossen Rat oder in der Bundesversammlung dem Herkunftsort wirklich Vorteile bringt.

Bestehende Möglichkeiten nutzen

Das Beispiel Campus zeigt aber auch, dass Bemühungen zugunsten der Stadt Biel dann von Erfolg gekrönt sind, wenn die ganze Region zusammenspannt. Ein regelmässiger Austausch mit allen regionalen Vertretern einer übergeordneten Legislative schafft mehr Verständnis für die Position der Stadt und der gesamten Region als eine Vertretung in einer Legislative. Zudem ist die Wirkung eine andere, wenn ein Gemeinderatsmitglied die Interessen der Stadt gegenüber einer kantonalen oder nationalen Stelle als Exekutivmitglied vorträgt und auch mit diesen Stellen einen regelmässigen Austausch pflegt als wenn die gleiche Person ein Legislativmitglied unter vielen ist. So dürften die Gemeinderatsmitglieder der zweitgrössten Stadt des Kantons und der zehntgrössten Stadt der Schweiz schon längst ein «rotes Telefon» zu den jeweiligen kantonalen und eidgenössischen Stellen haben um im Bedarfsfall ihr Anliegen zugunsten der Stadt Biel vorzutragen zu können.

Schliesslich ist Passerelle auch der Überzeugung, dass die Interessen der Stadt und der Region besser über entsprechende Interessenvertretungen wie beispielsweise den Verein seeland.biel/bienne oder über einen Städteverband eingebracht werden, weil sie mehr Gewicht haben als ein einzelnes Mitglied einer Legislative.

Neue Möglichkeiten anstreben

Passerelle zweifelt nicht daran, dass die urbanen Gebiete entsprechend ihrer hohen Bedeutung als regionales oder überregionales Zentrum gestärkt werden müssen und zwar auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene. Im Kanton Bern leben schliesslich nicht weniger als drei Viertel der Bevölkerung im städtischen Raum! Dies gilt für alle Städte des Kantons gleichermassen, unter denen Biel bei weitem nicht die einzige Stadt ist, die keine Vertretung in einem übergeordneten Parlament durch ein Exekutivmitglied hat.

In diesem Sinne würde es Passerelle darum begrüßen, wenn sich auch die Stadt Biel verstärkt dafür einsetzen würde, auf institutioneller Ebene nach neuen Möglichkeiten zu streben, die eine bessere Vertretung erlauben würde. Auf nationaler Ebene besteht beispielsweise mit dem Ständerat eine Vertretung der Regionen bzw. der Kantone. Ebenfalls auf nationaler Ebene verfügen die Kantone über die Möglichkeit zur Einreichung einer Standesinitiative. Warum soll Ähnliches nicht auch in einem Kanton möglich sein, in dem mit über einer Million Person ein Achtel der Schweizer Bevölkerung lebt?

** Roland Gurtner ist ehemaliger Stadtrat und Vorstandsmitglied von Passerelle. Ruth Tennenbaum ist Stadträtin, aktuelle Stadtratspräsidentin und Vize-Präsidentin von Passerelle. Titus Sprenger ist Stadtrat und Präsident von Passerelle.*

Aus den zuvor genannten Gründen empfiehlt Passerelle der mitwirkenden Bevölkerung klar NEIN zur Wiedereinführung von Doppelmandaten zu sagen.

Hauptsächliche Quellen:

- Stadtordnung (Entwurf) – Kommentierte Fassung
https://www.biel-bienne.ch/files/pdf11/Stadtordnung_Kommentierte_Fassung.pdf
- Schlussbericht von gfs.bern
https://www.biel-bienne.ch/files/pdf10/Schlussbericht_gfs.bern.pdf
- «Studie über das Einkommen und den Arbeitsaufwand der Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier» der Universität von Genf
<https://www.parlament.ch/centers/documents/de/studie-einkommen-arbeitsaufwand-parlamentarier-2017-d.pdf>